

AKTUELL

| | |
|--|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 8 |
| Globalisierung & Eine Welt | 11 |
| Klima & Energie | 12 |
| Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz | 16 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 16 |
| Naturschutz & Biodiversität | 19 |
| Tierschutz & Ethik | 22 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 22 |
| Verkehr & Tourismus | 24 |
| Wasser & Meere | 26 |
| Wirtschaft & Ressourcen | 28 |

VERBÄNDE



| | |
|-------------------------------|----|
| Thema: Neue Datenschutzregeln | 29 |
| DNR intern | 30 |
| Aus den Verbänden | 30 |
| Preise & Ausschreibungen | 30 |

SERVICE

| | |
|-----------|----|
| Termine | 32 |
| Impressum | 32 |

ökopädNEWS

| | |
|--------------------------------------|----|
| ANU-Informationsdienst Umweltbildung | 33 |
| Schwerpunkt: Geflüchtete | |

THEMEN DES MONATS

Anthropozän

Mensch macht Epoche

Wie der Diskurs um einen neuen Begriff die Ursachen verschleiern hilft und tiefgreifende Lösungen verschleppt

Seite 2

EU-Haushalt nach 2020

Investitionen in die Zukunft Europas

Wofür soll die EU wie viel Geld ausgeben – die Schlacht um das Budget hat begonnen

Seite 4

Gene Drive und Gen-Editing

Turbogefahr für die biologische Vielfalt

Dauerhaft im Erbgut verankerte Veränderungen könnten sich in Zukunft unkontrolliert verbreiten

Seite 6

Interview: Elena Schägg über WoodCycles

„Wir brauchen nachhaltige Möbel“

Der Möbelkonsum ist geprägt von einer Wegwerfmentalität. Dagegen wendet sich die Kampagne Woodcycles.

Seite 27

EU-Haushalt nach 2020

Investitionen in die Zukunft Europas

Wofür soll die EU wie viel Geld ausgeben – die Schlacht um das Budget hat begonnen

Im Mai will die EU-Kommission ihren Gesetzesvorschlag für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) präsentieren. Keine leichte Aufgabe: Der Austritt Großbritanniens wird ein riesiges Loch in den Haushalt reißen. Gleichzeitig will die EU Sicherheit, Verteidigung und Migration stärker besetzen. Damit Klima, Umwelt und Naturschutz nicht in Vergessenheit geraten, veröffentlichten deutsche Umweltverbände ein Positionspapier zum MFR. ■ VON BJELA VOSSSEN, DNR

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Union im September 2017 unterstrichen, dass die Europäische Union ein Budget braucht, das die Ambitionen der Gemeinschaft unterstützt und auf zukünftige Herausforderungen reagieren kann. Die EU hat durch den neuen MFR aber auch die einmalige Chance, mit Weitblick zu agieren und zum globalen Vorreiter für nachhaltiges Leben und Wirtschaften zu werden. Bis zur Vorstellung des Haushaltsvorschlags im Mai ist geplant, den Konflikt zwischen neuen Aufgabenfeldern wie Migration, Verteidigung und Sicherheit und Budgetkürzungen zu lösen.

Anfang Januar diskutierten hochrangige Strategen und Expertinnen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und der Zivilgesellschaft mit Haushaltskommissar Günther Oettinger über die Struktur des zukünftigen MFR. Er soll dazu beitragen, der Zukunft der EU eine Richtung zu geben. Welche Schlüsselprinzipien muss das EU-Budget unterstützen, damit es den größtmöglichen europäischen Mehrwert bekommt? Wie muss sich der MFR nach 2020 von seinen Vorgängern unterscheiden? Was sind die Parameter für die zukünftigen Verhandlungen? Die Zeit ist knapp, diese Fragen abschließend zu diskutieren. Nun gilt es, die Entscheidungen vorzubereiten.

Struktureller Neustart anvisiert

Einig scheint sich die Politik in folgendem Punkt zu sein: Der EU-Haushalt muss sich strukturell ändern. Ein Vorschlag zur strategischen Neuausrichtung des MFR stellt die wirtschaftliche Koordinierung anhand des Europäischen Semesters an

die oberste Stelle. Die länderspezifischen Empfehlungen definieren Projekte, die Mitgliedstaaten beantragen diese Projekte. Der EU-Haushalt finanziert dann nationale Reformen, EU-Politikmaßnahmen und europäische öffentliche Güter. Problematisch an der Idee ist, dass Klima-, Umwelt- oder gar Naturschutz im Europäischen Semester bisher keine Rolle gespielt haben. Die Juncker-Kommission hatte 2015 sogar Klima- und Energiebelange von den länderspezifischen Empfehlungen ausgenommen und in die Energieunion verlagert. Diese greift aber erst ab dem Jahr 2020. Die EU-Umweltministerinnen und -minister betonten mehrfach das Potenzial des Europäischen Semesters, als Kontrollmechanismus Umweltbezüge in andere Politikbereiche zu integrieren. Doch leider bisher ohne Erfolg.

Bereits im laufenden MFR hatte sich die EU-Kommission vorgenommen, mindestens 20 Prozent des Gesamtbudgets für den Klimaschutz aufzuwenden. Die rund 200 Milliarden Euro sollten in Maßnahmen für Strukturfonds, Forschung, Landwirtschaft, Meerespolitik sowie Fischerei und Entwicklung fließen. Aktuelle Schätzungen der EU zufolge wird dieses Ausgabenziel nicht erreicht. Projekte wie der Bau von Erdgaspipelines oder Straßen- und Flugverkehrsprojekte stehen den Klimaschützzielen entgegen. Auch beim derzeit größten Ausgabenposten, der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), gelangt immer noch mehrheitlich Geld in umweltschädigende anstatt in ausschließlich nachhaltige Landwirtschaft.

Warum finanziert die EU eine Landwirtschaft, die Wasser und Luft verschmutzt, den Boden erodiert, die Artenvielfalt unwiederbringlich zerstört und belastete Nahrungs-

mittel produziert? Dies fragen sich viele EU-Bürgerinnen und -Bürger. Sie sind nicht zufrieden mit der GAP, die 39 Prozent des EU-Budgets verschlingt. Deshalb gibt es für den zukünftigen MFR Überlegungen, ein Modell der Kofinanzierung einzuführen, wie es Kommissar Oettinger in seinem Mitte 2017 erschienenen Reflexionspapier⁽¹⁾ für die zukünftige Ausrichtung vorschlägt.

Vorsorgeprinzip als Vorbild weltweit

Eine lebenswerte, freiheitliche und solidarische Gesellschaft und eine intakte Umwelt auf der Basis des Vorsorgeprinzips sind Voraussetzung für ein zukunftsfähiges und demokratisches Europa und haben das Potenzial, das verbindende Element für die Europäische Union zu werden. Die EU muss ihre Bürgerinnen und Bürger und die Menschen weltweit wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen. Dafür ist es entscheidend, Demokratiedefizite abzubauen, echte Transparenz bei Entscheidungsfindungen in und zwischen den Institutionen aufzubauen, und Gesetzgebungen auch vollständig in die Tat umzusetzen. Ein wichtiger Politikbereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger schätzen, was die EU tut, ist der Umweltschutz. Denn die Menschen haben erkannt: Saubere Luft, sauberes Wasser, eine intakte Natur und sichere Chemikalien sind nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Mindeststandards im Sinne des Vorsorgeprinzips zu gewährleisten.

Im Januar haben 25 deutsche Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen und ihr Dachverband, der Deutsche Naturschutzring, ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht.⁽²⁾ Sie fordern, dass die EU die

Chance nutzen muss, zielbewusst und zukunftsorientiert die monetären Weichen für nachhaltige Entwicklung, wirksamen Klimaschutz und ausgeprägten Naturschutz zu stellen. Der MFR muss sich demnach einerseits an den Interessen der Menschen in der EU und im globalen Süden, andererseits an den Belastungsgrenzen unseres Planeten ausrichten. Insbesondere für die von der EU eingegangenen internationalen Verpflichtungen zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, zur Erhaltung der Artenvielfalt sowie zur Bekämpfung des Klimawandels muss der MFR ausreichend Mittel einplanen. Das bedeutet erstens, genauestens zu prüfen, ob die Ausgaben den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und den Verpflichtungen des Klimaschutzabkommens von Paris entsprechen. Zweitens, sind die Finanzmittel für Natur- und Umweltschutz deutlich zu erhöhen. Drittens, darf die EU keine Maßnahmen mehr subventionieren, die Umwelt, Gesundheit und Klima und infolgedessen die europäischen Volkswirtschaften unumkehrbar schädigen. Und schließlich bedeutet es, dass der EU-Haushalt endlich eine umfassende Evaluierung braucht, die sich an seinen Auswirkungen orientiert, damit die Mittel zielgerichteter verwendet werden können. Öffentliche Gelder dürfen demnach nur ausgegeben werden, wenn sie in öffentliche Leistungen fließen und EU-Gesetze und Prinzipien unterstützen. Zahlungen der EU sollen auch an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten gebunden werden. Vor allem müssen das Vorsorgeprinzip und das Verursacherprinzip zum Tragen kommen.

Aus dem Dreiklang, das EU-Budget entsprechend den eingegangenen internationalen Verpflichtungen „SDG-fest“, „klimaschutzfest“ und „naturschutzfest“ zu machen, leiten die Verbände im Positionspapier zahlreiche Forderungen ab. Insbesondere gilt es, umwelt- und klimaschädliche Subventionen zu stoppen. Der MFR muss eine nachhaltige Energie- und Verkehrswende einleiten, die nachhaltige Industriegewende und eine nachhaltige Agrarwende ermöglichen und eine Offensive im Natur- und Artenschutz unterstützen. Außerdem muss er die Nachhaltigkeitswende in der Ressourcennutzung und Vorsorge flankierend begleiten.

Die Zukunft Europas muss an die planetaren Grenzen und dementsprechend an eine nachhaltige Entwicklung der EU geknüpft werden. Deshalb muss sich die EU zukünftig gezielt auf Aufgaben mit europäischem Mehrwert konzentrieren und weniger auf nationale Rückflüsse und Nettosalde. Laut einer im Dezember 2017 veröffentlichten Umfrage von Eurobarometer betrachten 94 Prozent aller Europäerinnen und Europäer den Schutz der Umwelt als wichtig oder sehr wichtig. Dabei werden als drängendste Probleme der Klimawandel, die Luftverschmutzung und steigende Abfallmengen wahrgenommen. Die Mehrheit sieht dabei die EU in umweltpolitischen Fragen in der Verantwortung. Gleichzeitig stellt der überwiegende Teil der Befragten fest, dass weder die EU noch ihre Mitgliedstaaten genug für den Schutz der Umwelt unternehmen. Jetzt muss die EU den Worten Taten folgen lassen und den internationalen Verpflichtungen für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität durch finanzielle Maßnahmen im MFR konsequent nachkommen. Tut sie es nicht, riskiert die EU, ihre Vertrauenswürdigkeit zu verspielen.

Umweltschutz in den Mittelpunkt stellen

Die Zukunft Europas muss an die planetaren Grenzen und dementsprechend an eine nachhaltige Entwicklung der EU geknüpft werden. Deshalb muss sich die EU zukünftig gezielt auf Aufgaben mit europäischem Mehrwert konzentrieren und weniger auf nationale Rückflüsse und Nettosalde. Laut einer im Dezember 2017 veröffentlichten Umfrage von Eurobarometer betrachten 94 Prozent aller Europäerinnen und Europäer den Schutz der Umwelt als wichtig oder sehr wichtig. Dabei werden als drängendste Probleme der Klimawandel, die Luftverschmutzung und steigende Abfallmengen wahrgenommen. Die Mehrheit sieht dabei die EU in umweltpolitischen Fragen in der Verantwortung. Gleichzeitig stellt der überwiegende Teil der Befragten fest, dass weder die EU noch ihre Mitgliedstaaten genug für den Schutz der Umwelt unternehmen. Jetzt muss die EU den Worten Taten folgen lassen und den internationalen Verpflichtungen für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität durch finanzielle Maßnahmen im MFR konsequent nachkommen. Tut sie es nicht, riskiert die EU, ihre Vertrauenswürdigkeit zu verspielen.

Anmerkungen

- (1) Reflexionspapier Oettinger: www.ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-eu-finances_de.pdf
- (2) DNR-Positionspapier „Das EU-Budget nach 2020“: [www.dnr.de/fileadmin/EU-Koordination/Publikationen_und_Dokumente/DNR_Positionspapier_MFR_post_2020.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/EU-Koordination/Publikationen/_und_Dokumente/DNR_Positionspapier_MFR_post_2020.pdf)

Die Diplom-Biologin Bjela Vossen ist Leiterin der EU-Koordination des DNR, für die sie seit 2004 arbeitet.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-85,
E-Mail: bjela.vossen@dnr.de,
www.dnr.de/eu-koordination



ZUKÜNFT WERDEN JETZT GEMACHT!

TATuP – ZEITSCHRIFT
FÜR TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG
IN THEORIE UND PRAXIS

ist das zentrale
Publikationsorgan für alle, die
sich für das interdisziplinäre Feld
der Technikfolgenabschätzung
interessieren.

Denn Zukünfte werden jetzt gemacht!
MIT PEER REVIEW



Kostenloses Abo:
Bestellen Sie jetzt
unter abo@oekom.de

Open Access:
kostenloser Online - Bezug
unter www.tatup.de

oekom
verlag